

# LEIHARBEIT UND PREKÄRE

Fast alles, was sich der Bremer Senat an Verbesserungen im Schulbereich anrechnet, ist über Leiharbeit und prekäre Beschäftigung organisiert. Folgende Bereiche fallen hier besonders auf: Die Verlässlichen Grundschule, die Ausweitung der Ganztagschule, die Minimierung des Unterrichtsausfalls und die persönliche Assistenz.

Dabei sind die drei größten Träger die Stadtteilschule, der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und der Martinsclub. Sie beschäftigen zusammen mehr als 1000 Personen an den Bremer Schulen. Hinzu kommen die Schulvereine. In der Antwort auf eine Anfrage der Linken in der Stadtbürgerschaft gab der Senat die Zahl der nicht bei der Senatorin für Kinder und Bildung Beschäftigten mit 1180 an. Jede(r) Sechste an den Schulen!

Die Ausdehnung von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung an den Schulen folgt einem gesamtgesellschaftlichen Trend. Die Beschäftigungsstandards wurden abgesenkt, die Gesetzgebung und Rechtsprechung verschlechtert. Die Unterfinanzierung der Bildung als Beitrag zum »Schlanken Staat« trägt ebenfalls dazu bei.

Wir beginnen in unserem Themen-

schwerpunkt mit den gesellschaftlichen und juristischen Bedingungen. Danach folgen Berichte aus der aktuellen Interessenvertretung. Diese Berichte zeigen auf, welche Möglichkeiten der Gegenwehr es gibt. Und schließlich ist die Schule nicht der einzige Bildungsbereich, in dem es prekäre Beschäftigung gibt: Universität und Weiterbildung sind sogar noch stärker davon betroffen.

Jürgen Burger

# BESCHÄFTIGUNG